Deutscher Bundestag **Drucksache 16/8277**
16. Wahlperiode 21. 02. 2008

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Bericht über die Tätigkeit der Verkehrsinfrastruktur-finanzierungsgesellschaft im Jahr 2006

Inhaltsverzeichnis

Im Jahr 2003 wurde die Verkehrsinfrastrukturfinanzierungsgesellschaft (VIFG) gegründet.

Die Aufgaben der VIFG regelt das Verkehrsinfrastrukturfinanzierungsgesellschaftsgesetz (VIFGG):

- Verteilung des Gebührenaufkommens nach dem Autobahnmautgesetz (ABMG) sowie der zur Verfügung stehenden Schifffahrtsabgaben zur Finanzierung von Bauvorhaben des Bundes in den Bereichen Straße, Schiene und Wasserstraße;
- Übernahme von Aufgaben im Zusammenhang mit der Vorbereitung, Durchführung und Abwicklung privatwirtschaftlicher Projekte. Dabei kommt der Entwicklung und Betreuung von ÖPP-Projekten (ÖPP: Öffentlich-Private Partnerschaft) große Bedeutung zu.

Mit Hilfe der VIFG wird die im ABMG geregelte Zweckbestimmung der Mauteinnahmen gewährleistet und gleichzeitig Transparenz über den Finanzkreislauf von der Erhebung der Gebühren/Abgaben bis zu ihrer Verwendung für die Verkehrsinfrastruktur geschaffen.

Für eine effiziente Mittelverwendung steht der VIFG der verkehrsträgerübergreifende Mittelausgleich zur Verfügung, der zwischenzeitlich auch im konventionellen Bereich möglich ist. Zusätzlich ist die Übertragbarkeit von Mautmitteln in Folgejahre möglich.

1 Bereich Infrastrukturfinanzierung

1.1 Finanzmanagementsystem

Die VIFG hat zur Erfüllung der Finanzierungsaufgaben ein verkehrsträgerübergreifendes Finanzmanagementsystem (FMS) entwickelt, mit dem

- die Bereitstellung der Mautmittel und die Budgetierung,
- das Monitoring und das operative Controlling,
- die Finanzsteuerung,
- die Bereitstellung von Informationen für das Berichtswesen und
- der Zahlungsverkehr im Rahmen des Abrufverfahrens

getätigt werden.

Im Geschäftsjahr 2006 wurde das FMS entsprechend den Anforderungen der VIFG und der Nutzer optimiert und fortentwickelt.

Die eingesetzte Software (SAP) ist auf den neuesten Produktstand gebracht worden und bleibt damit für die Anwendung, den Betrieb und für ggf. notwendige Erweiterungen zukunftssicher.

Die VIFG stellt im Rahmen des FMS eine Schnittstelle zu den vorhandenen IT-Systemen der Verkehrsträger zur Verfügung, um den Nutzern eine effiziente Aufgabenerledigung durch die Eingabe in nur ein System – das jeweils vorhandene eigene System – zu ermöglichen.

Zugeleitet mit Schreiben des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung vom 18. Februar 2008 gemäß § 3 des Gesetzes zur Errichtung einer Verkehrsinfrastrukturfinanzierungsgesellschaft zur Finanzierung von Bundesverkehrwegen.

Diese Schnittstelle wurde im Jahr 2006 von zwei Straßenbauverwaltungen (Bayern und Nordrhein-Westfalen) genutzt.

Im Berichtszeitraum ist die Testphase für die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung erfolgreich abgeschlossen worden. Seit dem 1. Januar 2007 wickeln vier Wasser- und Schifffahrtsdirektionen den Zahlungsverkehr über die neue Schnittstelle ab.

An das FMS sind insgesamt 278 Nutzer für den Bereich der Bundesfernstraßen sowie bei den Bundeswasserstraßen 71 Nutzer angeschlossen.

Die Bereitstellung der Mautmittel für den Bereich Schiene erfolgt auf der Grundlage von Anforderungen seitens der DB Netz AG. Die Zahlungen erfolgen an die jeweiligen Eisenbahninfrastrukturunternehmen.

1.2 Verwendung der Mauteinnahmen

Im Jahr 2006 waren insgesamt 2 900 Mio. Euro Einnahmen aus der Lkw-Maut veranschlagt, von denen ein Betrag von 2.143,4 Mio. Euro für Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur bereitgestellt werden sollte. Die Mittel teilen sich wie folgt auf:

Straße*)	1.071,7 Mio. €	*50 %*
Schiene	814,5 Mio. €	*38 %*
Wasserstraße	257,2 Mio. €	*12 %*
Gesamt	2.143,4 Mio. €	*100 %*

*) inkl. 50 Mio. Euro Rückführungsrate 2006 für die in 2004 von der Schiene zur Straße umgeschichteten Mittel

Diese Beträge waren im Jahr 2006 durch die VIFG den Empfängern zuzuweisen sowie einem Monitoring und Controlling zu unterziehen.

Die aus den Mautmitteln zu finanzierenden Verkehrsprojekte sind im Bundeshaushalt bei Kapitel 1202, Titelgruppe 05, ausgewiesen. Schwerpunkt der Ausgaben ist die Realisierung der Vorhaben des Anti-Stau-Programms.

1.3 Steuerung der Investitionsmittel

Durch das FMS hat die VIFG jederzeit einen Überblick über die Verausgabung und die Verwendung der Mittel.

Auf der Grundlage der Auswertungen erstellt sie monatliche Bilanzen der Mittelinanspruchnahme und vergleicht die Finanzierungslinien mit denen der Vorjahre.

Somit ist die VIFG in der Lage, rechtzeitig Abweichungen vom Mittelabfluss zu erkennen und zu analysieren und im Ergebnis dessen dem Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) Vorschläge für Mittelausgleiche zu unterbreiten.

Durch einen ständigen Kontakt der VIFG zu den einzelnen Verkehrsbereichen im Rahmen des Controllings werden so Mehr- oder Minderbedarfe an Investitionsmitteln erfasst und Steuerungs- und ggf. Umschichtungsvorschläge abgestimmt.

Die zurückliegenden Jahre zeigen deutlich, dass die notwendigen und zielgerichteten Aktivitäten der Eisenbahninfrastrukturunternehmen des Bundes (EIU) zur Verbesserung der Investitionssteuerung zu greifen beginnen und einen zunehmend vollständigeren Einsatz der für Schienenwegeinvestitionen vorgesehenen Mittel ermöglichen. Die Inanspruchnahme der Investitionsmittel hat sich in den zurückliegenden Jahren dadurch kontinuierlich verbessert. Gegenüber dem Vorjahr hat sich der Restbetrag auf ein Volumen von 132 Mio. Euro halbiert und es besteht damit die berechtigte Erwartung, dass die Investitionsmittel von den EIU in künftigen Jahren vollständig eingesetzt werden können.

Im engen Zusammenwirken von VIFG und EIU ist es zudem gelungen, die von der Schiene nicht verwendeten Investitionsmittel rechtzeitig verkehrsträgerübergreifend umzuschichten. So war es möglich, sämtliche im Jahr 2006 aus der Maut zur Verfügung stehenden Ausgabemittel für Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur zu verwenden.

Zur teilweisen Deckung des Mehrbedarfs in der Erhaltung und bei den Bedarfsplanmaßnahmen wurden dem Bereich Bundesfernstraßen 132 Mio. Euro aus nicht verausgabten Schieneninvestitionen zur Verfügung gestellt.

Bei den Bundeswasserstraßen konnte im Jahr 2006 ein Betrag in Höhe von 30 Mio. Euro nicht verausgabt werden, er wurde zu den Bundesfernstraßen umgeschichtet.

Außerdem konnten nicht verausgabte Betreibervergütungen (27 Mio. Euro) sowie Rückzahlungen der Bahn (37 Mio. Euro aus nicht förderfähigen Maßnahmen) für Vorhaben im Bereich der Bundesfernstraßen bereitgestellt werden.

Die Ausgaben stellen sich folgendermaßen dar:

Straße	1.297,7 Mio. €	*59 %*
Schiene	682,5 Mio. €	*31 %*
Wasserstraße	227,2 Mio. €	*10 %*
Summe	2.207,4 Mio. €	*100 %*

In der Anlage ist eine Übersicht der finanzierten Projekte dargestellt.

Durch höhere Einnahmen aus der Maut sowie geringere Inanspruchnahme der geplanten Betreibervergütung nach Abschluss des Jahres 2006 wurde ein Betrag von knapp 205 Mio. Euro nicht verausgabt. Diese Mittel wurden erst Ende 2006/Anfang 2007 kassenwirksam, sodass ihr Einsatz noch in 2006 nicht mehr möglich war. Der Betrag wurde entsprechend VIFGG bei der Aufstellung des Bundeshaushalts für das Jahr 2008 berücksichtigt.

2 Bereich Öffentlich-Private Partnerschaften

Der VIFG ist die Aufgabe übertragen worden, an der Umsetzung von Betreibermodellen in der Verkehrsinfrastruktur des Bundes mitzuwirken. Das heißt, sie begleitet neben dem Bund mit seinen Fachberatern die Projekte und entwickelt gemeinsam mit dem BMVBS im Lichte dieser Erfahrungen Vorschläge für die Weiterentwicklung der Beschaffungsvariante ÖPP im Verkehrssektor.

Folgende Aufgaben nimmt die VIFG im Bereich ÖPP im Einzelnen wahr:

– Mitwirkung bei der Neu- und Weiterentwicklung von Betreibermodellen (bisher A- und F-Modell),

– Mitwirkung bei finanztechnischer Projektbegleitung,

– Mitwirkung bei finanztechnischer fachlicher Begleitung bei Machbarkeitsstudien und ÖPP-Eignungstests des BMVBS,

– Organisation eines Wissensaustauschs und -transfers zwischen interessierten Institutionen und Personen aus dem öffentlichen Sektor, der Privatwirtschaft sowie der Wissenschaft.

Unter Federführung der VIFG wurden im Jahr 2006 ebenfalls erste Überlegungen und Abstimmungen für ein ÖPP-Pilotprojekt im kommunalen Straßenbau durchgeführt.

Gemäß dem zwischen BMVBS und VIFG bestehenden Geschäftsbesorgungsvertrag werden die Aufgaben der Gesellschaft bei privatwirtschaftlichen Projekten jährlich in einem Arbeitsprogramm konkretisiert.

2.1 Begleitung von Projekten des Bundesfernstraßenbaus

Zur Vorbereitung und Umsetzung der Ausschreibung für die A-Modellpilotprojekte hat die VIFG in Zusammenarbeit mit dem BMVBS und deren Fachberatern folgende Aufgaben bearbeitet:

– Begleitung der Vertragsverhandlungen zu den A-Modell-Pilotprojekten,

– Mitarbeit bei der finanztechnischen Bewertung der Angebote.

Im Ergebnis konnten die Verhandlungen für die A-Modellpilotprojekte sowie die Bewertung und Auswertung der Angebote entsprechend den Projektplänen des BMVBS planmäßig abgeschlossen werden.

Zur Projektevaluierung der F-Modelle hat das BMVBS die VIFG und externe Fachberater mit der Erstellung eines Sachstandsberichtes zu den Erfahrungen und Entwicklungsperspektiven für die F-Modelle beauftragt.

Zurzeit sind mit der Warnowquerung in Rostock und der Travequerung in Lübeck erst zwei F-Modellprojekte unter Verkehr. Vor allem die hierbei gewonnenen Erfahrungen bilden die Grundlage der Evaluierung. Die VIFG und die externen Fachberater haben im Jahr 2006 ein Auswertungskonzept erarbeitet, dem BMVBS Zwischenergebnisse vorgelegt und mit dem Entwurf eines Endberichtes für 2007 begonnen.

Im Rahmen der Projektbegleitung des Albaufstiegs (A 8) wurde von der VIFG in Abstimmung mit dem BMVBS und dem Land Baden-Württemberg ein Konzept für eine Wirtschaftlichkeitsuntersuchung für F-Modelle entwickelt und angewendet.

2.2 Eignung von Öffentlich-Privaten Partnerschaften im Eisenbahn-Bereich

Im Eisenbahnbereich hat die VIFG im Auftrag des BMVBS ein privatwirtschaftliches Organisationsmodell zur Realisierung des Rhein-Ruhr-Expresses geprüft.

Es zeigte sich, dass ein solches Modell bei diesem Projekt wegen der zahlreichen Schnittstellen kein gangbarer Weg ist.

2.3 Weitere Tätigkeiten der VIFG im Rahmen von Öffentlich-Privaten Partnerschaften

Die VIFG hat in der Kompetenzgruppe Verkehr der Koalitionsfraktionen im Rahmen der Arbeiten für ein mögliches ÖPP-Beschleunigungsgesetz intensiv mitgewirkt.

Ebenso hat die VIFG an der Erstellung eines Leitfadens für Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen durch eine gemeinsame Bund-/Länder-Arbeitsgruppe (FMK-Leitfaden) mitgearbeitet.

Anlage

Investitionen in die Bundesfernstraßen im Jahr 2006

Im Bereich der Bundesfernstraßen teilen sich die Investitionen aus der Maut in 2006 folgendermaßen auf die Länder auf:

Land[*)]	**Ist (Mio. €)**
Baden-Württemberg	193,0
Bayern	227,7
Brandenburg	35,9
DEGES	12,0
Hessen	111,4
Mecklenburg-Vorpommern	17,8
Niedersachsen	112,3
Nordrhein-Westfalen	297,7
Rheinland-Pfalz	99,4
Saarland	11,2
Sachsen	85,1
Sachsen-Anhalt	26,8
Schleswig-Holstein	34,4
Thüringen	34,0
Summe	**1.298,7**
Guthaben aus dem Vorjahr	-1,0
Gesamtausgabe	**1.297,7**

[*)] In den Stadtstaaten werden keine mautfinanzierten Straßenbaumaßnahmen durchgeführt.

Investitionen in die Schienenwege des Bundes im Jahr 2006

Die Mautmittel wurden auf der Basis bestehender Finanzierungsvereinbarungen zur Verfügung gestellt:

Finanzierungsvereinbarung	Ist (Mio. €)
Bedarfsplan	**77,9**
VDE 9, Leipzig–Dresden, 3. BA,	3,8
Aachen Hbf–BGr D/B inkl. Buschtunnel	14,2
Knoten Ffm Sportfeld	14,3
KV-Terminal Ulm/Dornstadt, 1. Baustufe	0,8
Knoten Erfurt, Baustufe Umbaubereich Personenbahnhof	9,2
ABS Hamburg – Lübeck, Teilabschnitt HH-Rothenburgsort–HH-Horn	20,3
Umbau Ostkreuz	4,4
Bestandsnetz	**603,8**
Maßnahmen nach §§ 3 und 13 EKrG	49,9
Ersatzinvestitionen in Stellwerke	202,7
Kreuzungsbauwerk Falkenberg Elster	3,7
Ersatzmaßnahme Schlüchterner Tunnel	15,3
GV Oberbau	332,2
Bedarfsplan + Bestandsnetz	**681,7**
Nachzahlung für 2005 gem. Verwendungsnachweis (EBA)	0,8
Gesamtausgabe	**682,5**

Investitionen in die Bundeswasserstraßen

Im Jahr 2006 wurden folgende Beträge in die Bundeswasserstraßen investiert:

Wasserstraße	Ist (T €)
Nord-Ostsee-Kanal	13.363
Ostsee	3.443
Nordsee	2.235
Außen- und Unterweser	3.962
Mittellandkanal, Elbe-Seitenkanal	19.896
Westdeutsches Kanalnetz	68.465
Rhein	5.385
Mosel, Saar, Lahn	9.296
Neckar	9.449
Main	12.792
Donau, Main-Donau-Kanal	7.399
VDE Nr. 17	40.057
Elbe-Lübeck-Kanal, Müritz-Elde-Wasserstraße	12.700
Havel-Oder-Wasserstraße, Obere Havel-Wasserstraße	16.163
Spree-Oder-Wasserstraße, Berliner Wasserstraßen	2.595
Summe	**227.200**
Guthaben aus Vorjahr	-12
Gesamtabruf	**227.212**



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333